



Handelsblatt

**ENERGIE 2019 GIPFEL**

Handelsblatt

**Beruhigende Signale an die Branche:** Wirtschaftsminister Peter Altmaier zwischen Handelsblatt-Redakteuren Klaus Stratmann (links) und Sven Afhüppe.

Dieter Gust, Euroforum

# Kampf um Kohle

Die deutsche Wirtschaft warnt vor **zu hohen Stromkosten durch einen vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung**. Auch Bundeswirtschaftsminister Altmaier sieht Grenzen der Belastung. RWE-Chef Schmitz mahnt, die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden.

**Jürgen Flauger, Dana Heide, Silke Kersting**  
Berlin

**R**WE ist Deutschlands größter Kohlekonzern. Kein anderes Unternehmen verfeuert so viel Kohle in seinen Kraftwerken. Vor allem aber fördert RWE in seinen Tagebaubetrieben im Rheinischen Revier Braunkohle. Trotzdem sagt auch RWE-Chef Rolf Martin Schmitz: „In 30 Jahren wünsche ich mir ein Energiesystem, was nur noch aus erneuerbaren Energien, schnell startenden Gaskraftwerken und Speichern besteht“, hielt der Manager auf dem Energie-Gipfel des Handelsblatts in Berlin fest. Für ihn ist es keine Frage mehr, dass der Kohleausstieg kommt. Entscheidend sei aber die Frage des „Wie“.

Seit Sommer versuchen 31 Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und von Umweltverbänden, diese Frage zu klären. Die Kohlekommission prüft, wie Deutschland die Verstromung von Kohle und die Förderung

von Braunkohle mit Blick auf den Klimaschutz möglichst rasch beenden kann. Gleichzeitig soll sie die Interessen der Unternehmen, Mitarbeiter und Regionen berücksichtigen. Es geht um kurzfristige Stilllegungen von ersten Kohlekraftwerken, auf die die Umweltschützer drängen, einen langfristigen Pfad, der das Aus der Kohle zügig nach 2030 besiegeln dürfte, Unterstützung für Mitarbeiter und Regionen - und die Entschädigung der Konzerne.

„Kohlekraftwerke schnell komplett abschalten klingt populär. Aber seriös ist es überhaupt nicht“, warnte Schmitz, „weil es Versorgungssicherheit gefährdet, Unternehmen erheblich belastet, Arbeitsplätze kostet und den Menschen in den Regionen den Boden unter den Füßen wegzieht.“

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) warnte ebenfalls vor einem überstürzten Kohleausstieg. Deutschland sei das einzige Industrieland der Welt, das gleichzeitig aus der Atomenergie aussteige und die Dekarbonisierung vorantreibe, sagte Altmaier. Das paral-

lel zu machen sei eine Herausforderung. Er versprach deshalb, auf drei Dinge zu achten: Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. „Die Energiewende kann gelingen, aber nur mit einem langfristig klaren und vertretbaren Fahrplan.“

**Energie-Gipfel 2019**  
**Langsamer Wandel** Noch immer hinkt Deutschland im Klimaschutz hinterher. Der Netzausbau kommt nicht voran. Um den Kohleausstieg gibt es eine quälende Debatte.

**Positiver Trend** Dank datengetriebener Geschäftsmodelle können Unternehmen heute Nachfrage und Angebot in nie da gewesener Weise zusammenbringen.

**Diskussionen** Über all das diskutieren mehr als 1200 Unternehmer, Experten und Gäste auf dem 26. Energie-Gipfel des Handelsblatts in Berlin.

Im November war bekannt geworden, dass die in der Kohlekommission vertretenen Umweltverbände bis 2022 rund 16 Gigawatt Leistung von Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken abschalten wollen. Der BUND hält zudem einen kompletten Ausstieg aus der Kohle bis 2030 für möglich.

Die großen deutschen Wirtschaftsverbände sind jedenfalls alarmiert. Am Dienstag warnten sie vor den Kosten eines schnellen Kohleausstiegs bis 2030 und präsentierten ein Kurzgutachten des Beratungsunternehmens Aurora Energy Research. Ein politisch beschleunigter Rückgang der Kohleverstromung verursache bis 2030 - je nach Strompreisentwicklung - zusätzliche Kosten von 14 bis 54 Milliarden Euro, erklärten der Bundesverband der Deutschen

Industrie (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Die erwarteten Mehrkosten resultierten aus Strompreissteigerungen, die sowohl Unternehmen als auch private Haushalte treffen würden, hieß es. Vor allem die besonders stromintensive Industrie sei vom Rückgang der Kohleverstromung betroffen. „Ohne Kompensation für unsere Unternehmen würde dieser politisch getriebene Anstieg der Strompreise dem Wirtschaftsstandort Deutschland schwerste Schäden zufügen“, mahnte BDI-Präsident Dieter Kempf.

Altmaier versuchte, die Wirtschaft zu beruhigen. Er will darauf achten, dass es nicht zu größeren Einschnitten kommt. Deutschland werde 2021 rund vier Gigawatt Atomstrom vom Netz nehmen und im Jahr 2022 noch einmal rund vier Gigawatt, sagte Altmaier: „Und wenn wir Versorgungssicherheit wollen und ernst meinen, dann wissen wir, dass dann in diesem Zeitraum nicht mehr viel geschehen kann. Wohl davor und danach - und darüber redet die Kommission, und das sollten wir abwarten.“

Die Strompreise in Deutschland gehören bereits heute zu den höchsten in der Europäischen Union. Jede zusätzliche Preiserhöhung, mahnten die Verbände, würde die Wachstumsaussichten der Wirtschaft nicht nur in den Kohleregionen, sondern in ganz Deutschland einschränken. Eine Kompensation der zu erwartenden Strompreissteigerungen ist für die Spitzenverbände daher zwingende Voraussetzung für ihre Zustimmung zu einem beschleunigten Kohleausstieg.

**Sorge um das Stromnetz**  
Die Bezahlbarkeit von Strom „ist nicht irgendeine Frage“, sagte Altmaier. Wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien dazu führe, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland leide, „dann werden wir diese Energiewende nirgendwohin exportieren“. Der Bundeswirtschaftsminister versprach, dass er die Ausnahmen der energieintensiven Unternehmen von der Ökostromumlage beibehalten und möglicherweise sogar ausweiten will. Auch die bis 2020 befristete Strompreiskompensation, also die Kompensation für die Kosten der CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechte, solle fortgeführt werden.

Ob auch Unternehmen geholfen werden könne, die nicht als energieintensiv eingestuft seien, oder ob das notwendig sei, seien Fragen, die man im Zusammenhang mit der Kommission zum Kohleausstieg „im Auge behalten“ müsse, sagte Altmaier. Er zeigte sich optimistisch, dass die EU-Kommission mögliche neue Beihilfen auch genehmigen würde. Dort sei inzwischen ein „hohes Verantwortungsbewusstsein vorhanden“.

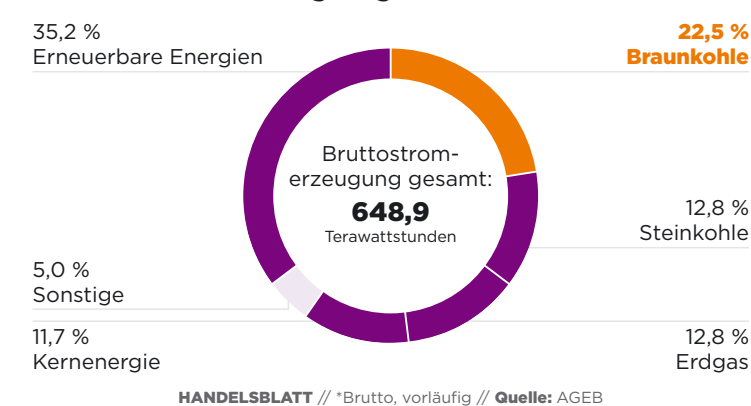
Die Energiewende sei „kein Kinderspiel“, sondern eine „hochkomplexe Angelegenheit“, betonte RWE-Chef Schmitz und appellierte, die Versorgungssicherheit ernst zu nehmen. Es gebe zwar Tage, an denen die erneuerbaren Energien den Strombedarf zu 70 Prozent und mehr deckten, es gebe aber auch Tage, an denen der Anteil auf fünf Prozent zusammenschumpfe, weil kein Wind weht und die Sonne nicht scheint.

„Aber in dieser Bandbreite - Anteil der Erneuerbaren mal fünf, mal 70 Prozent - muss jeden Tag, jede Stunde, jede Minute, ja sogar jede einzelne Sekunde Versorgungssicherheit gewährleistet werden“, sagte Schmitz. „Das tun konventionelle Kraftwerke, die 24 Stunden am Tag verfügbar sind.“ Schon ohne die zusätzliche Abschaltung von Kohlekraftwerken werde es schwieriger, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. „Jede politisch gewünschte Stilllegung gehört unter den Vorbehalt der Versorgungssicherheit“, forderte Schmitz. „Der Industriestandort Deutschland muss in der Lage sein, sich eigenständig und wetterunabhängig mit Strom zu versorgen.“



Quelle: Debriv  
HANDELSBLATT

**Stromerzeugung in Deutschland**  
Energieträgermix 2018\*



Dieter Gust, Euroforum

**Rolf Martin Schmitz:** Der RWE-Chef warnt vor einem verfrühten Kohleausstieg. Die Politik solle sich von dem fossilen Energieträger nicht verabschieden, bevor das Netzproblem gelöst sei.

**Nord Stream 2**

## Altmaier geht auf USA zu

**T**rotz der heftigen Drohgebärden durch den US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Streit über die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 auf die USA zugehen. Zwar sei Russland seit 40 Jahren ein verlässlicher Lieferant von Gas. Aber „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, und deshalb werde die Bundesregierung dafür sorgen, dass es Flüssiggasterminals in Deutschland geben werde, sagte er am Dienstag beim Energie-Gipfel des Handelsblatts.

Er habe US-Exporteure von Flüssiggas für Februar zu einer Investorenkonferenz eingeladen. Dort soll geklärt werden, was die Erwartungshaltungen sind, welche Preise die Exporteure anbieten können und wie eine Infrastruktur privatwirtschaftlich aufgebaut werden kann. Als Standorte für die Terminals kommen laut Altmaier Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven infrage.

Die USA drängen Deutschland seit Monaten dazu, seine Energieversorgung stärker auf Flüssiggas umzustellen - und zwar auf amerikanisches Flüssiggas. Durch die massiv gestiegene Ausbeutung von Schiefergas-Vorkommen haben sich die USA vom Gasimporteur zum -exporteur gewandelt und drängen auf die Weltmärkte. Zugleich warnen die Amerikaner Deutschland vor einer zu großen Abhängigkeit von russischem Gas durch die neue Pipeline Nord Stream 2 - und versuchen den Weiterbau mit teils sehr ungewöhnlichen Methoden zu verhindern.

US-Botschafter Richard Grenell hatte jüngst in einem Brief den am Bau von Nord Stream 2 beteiligten Firmen mit Konsequenzen gedroht. Die Unternehmen würden sich einem „erheblichen Sanktionsrisiko“ aussetzen, hieß es darin. Die USA hatten bereits vor einiger Zeit eine Möglichkeit geschaffen, Firmen, die am Bau russischer Pipelines beteiligt sind, mit finanziellen Sanktionen zu belegen.

Es war nicht das erste Mal, dass Grenell deutschen Firmen gedroht hatte - ein höchst ungewöhnliches Vorgehen für einen Botschafter. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit in Berlin hatte er deutsche Unternehmen mit dem Verweis auf Sanktionen dazu aufgefordert, ihre Geschäfte im Iran „sofort“ aufzugeben.

Altmaier zeigte sich unbeeindruckt von dem Brief, den Grenell unter anderem an die an Nord Stream 2 beteiligten deutschen Unternehmen Uniper und Wintershall schickte. „Damit kann ich umgehen“, betonte der Wirtschaftsminister. „Wir sind gegenüber den Wählern und dem Bundestag verantwortlich“, stellte Altmaier klar.

Die neue Gasleitung unterstützt die Bundesregierung weiterhin. „Wir sind ein Rechtsstaat“, betonte der Bundeswirtschaftsminister, „Nord Stream hat die Genehmigungen bekommen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen.“ Die Leitung sei zu einem erheblichen Teil bereits im Bau. „Es ist eine Frage, ob man auf Investitionen in Deutschland vertrauen kann. Und da sind wir auch nicht so leicht zu beeindrucken oder schon gar nicht einzuschüchtern.“

Wichtig ist Altmaier auch, dass weiterhin ein substanzieller Gastransit durch die Ukraine geleitet wird. Das Land fürchtet um seine Sicherheit und eine wichtige Einnahmequelle, denn die neue Leitung könnte das Land für die Russen als Transitregion überflüssig machen.

„Wir wollen erreichen, dass noch vor Inbetriebnahme von Nord Stream 2 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen wird“, sagte Altmaier. Bislang sind die Fertigstellung des Baus und die Inbetriebnahme der Leitung für Ende dieses Jahres geplant. Dana Heide